



Post schützen

Die Schließungspläne des Post-Managements beschäftigten auch den steirischen Landtag. Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Wenn jetzt nur über die Manager geschimpft wird, greift das zu kurz. Die Ursachen liegen woanders.“ Das Problem habe bereits 1996 mit der Ausgliederung der Post begonnen und wurde 2006 mit dem Börsegang fortgesetzt. All diese Maßnahmen sind von ÖVP und SPÖ beschlossen bzw. mitgetragen worden.

„Was wir heute erleben, ist eine Kindesweglegung im großen Stil“, so Kaltenegger. Die KPÖ stellte einen Antrag an die Bundesregierung, die Teilprivatisierung der Post rückgängig zu machen, die EU-Liberalisierungsrichtlinie im Postbereich auszusetzen, Mindestlöhne für Zustellerinnen und Zusteller nach deutschem Vorbild einzuführen und private Anbieter zu verpflichten, dem universalen Versorgungsauftrag nachzukommen. Während die Post verpflichtet ist, flächendeckende Leistungen anzubieten, können sich die Privaten bisher die Rosinen herauspicken. Zum Mindestlohn und Versorgungsauftrag wurde der Antrag einstimmig angenommen. Die Rücknahme der Teilprivatisierung und die Aussetzung der Liberalisierungsrichtlinie lehnten SPÖ und ÖVP ab. Der Landtag spricht sich gegen die Schließung von Postfilialen aus.

Raus aus der Sackgasse!



POST-PRIVATISIERUNG: KUNDEN SIND DIE VERLIERER

Post auf Rundreise

Von einem EMS-Brief nach Italien, der nicht und nicht ankommen wollte. Surrile Auswüchse der „Auslagerungspolitik“.

Ein steirischer Verein hatte einen Gast aus Italien eingeladen und wollte ihm ein Bahnticket für die Fahrt nach Graz zukommen lassen.

Herr K., Mitarbeiter des Vereins, fragte daher am Montag, den 3. 11., bei der Post nach, wie man es anstellen könne, dass der Brief mit dem Ticket rechtzeitig beim Empfänger in einem Dorf nahe Modena, Italien, einträfe. Die freundliche Postangestellte empfahl den Brief als EMS-Sendung aufzugeben. Dann sei er ganz sicher Mittwoch vormittag da. Kosten: 35 Euro.

Donnerstag mittag erhielt Herr K. einen Anruf aus Italien:

Der Brief sei noch nicht angekommen. Die italienische Post wisse auch nicht mehr. Herr K. forschte nach und rief bei der Servicehotline der österreichischen Post an. Er erfuhr, in diesem Fall sei DHL, eine 100%ige Tochter der Deutschen Post, als Vertragspartner der Post zuständig.

Bologna – über Leipzig

„Auf der Homepage von DHL war zu erfahren, dass die Post den Brief in Graz an DHL übergeben hatte. Die weitere Route ließ sich im Internet über Linz und Leipzig (!) nach Bologna verfolgen. Letzte Information: Mittwoch, 5.11., 9.25 Uhr: Sendung in Zustellung“, erzählt Herr K. Eine Zustellung erfolgte jedoch nicht. Trotz Zustellgarantie kam der EMS-Brief nicht rechtzeitig an, das Bahn Ticket musste noch einmal gekauft werden.

Herr K. ärgert sich: „Für dieses Service zahlt man 35 Euro. Man gibt die Telefonnummer an. Aber man erhält keinen Anruf, wenn die Zustellung nicht funktioniert hat. Statt den Brief selbst zu befördern und von ortskundigen Briefträgern zustellen zu lassen, hat die Post diesen Dienst einfach an DHL ausgelagert und damit das Service verschlechtert.“

Die Deutsche Post war 2006 bei der Teilprivatisierung der Österreichischen Post mit dem Versuch, einen Anteil von 25 Prozent zu erwerben, gescheitert. Stattdessen gibt es nun eine enge Kooperation zwischen österreichischer Post und der deutschen DHL. Es zeigt sich heute, dass die Teilprivatisierung nichts Gutes brachte. Zur Befriedigung der Aktionäre sollen 9000 Postler vor Tür gesetzt, fast alle Postämter geschlossen werden.



SKANDALÖSE FOLGEN DER POSTPRIVATISIERUNG:

Beschäftigte:	von 35.493 (1999)	auf 25.764	= minus 27,5%
Postämter:	von 2.468 (2000)	auf 1.311 (2007)	= minus 47%
Gewinn (EBIT):	von 28 Millionen (2003)	auf 163 Millionen (2007)	= plus 580 %
Dividende pro Aktie:	von 0,51 EUR (2003)	auf EUR 1,40 (2007)	= plus 275 %

Und die Zukunft? Sollten Pläne des Post-Managements verwirklicht werden, heißt das bis 2015: Halbierung der Beschäftigten seit 1999 (minus 47%) und Schließung von 88% aller Postämter.